



Die Kontroverse um das Olympialand China

von Sven Hansen

Sven Hansen ist Politologe und Kommunikationswissenschaftler und seit 1997 Asien-Redakteur der tageszeitung (taz) in Berlin. Der Herausgeber des Heftes „China – Verordnete Harmonie, entfesselter Kapitalismus“ (Edition Le Monde diplomatique Nr. 1, Berlin 2007) hatte 1980 als Mitglied der Jugendnationalmannschaft des Deutschen Segler Verbandes die Debatte um den Boykott der Olympischen Spiele in Moskau erlebt.

Bis zur Niederschlagung antichinesischer Proteste in Tibet Mitte März 2008 war die Frage eines Boykotts der Peking Spiele kein großes Thema. Bis dahin hatten zwar auch die beiden Grundpositionen im westlichen Umgang mit China – Einbindung oder Eindämmung – die Kontroverse um die Spiele in Peking geprägt. Doch wie sich politisch die Einbindung durchsetzte, fand auch in der Olympia-Frage ein Boykott kaum Anhänger. Debattiert wurde vielmehr nur noch, ob genug getan wurde, um die Menschenrechte mittels der Spiele zu stärken. In der dann durch die Tibet-Unruhen aufgeflamnten westlichen Boykott-Debatte standen zunächst Vorschläge begrenzter symbolischer Aktionen wie etwa eines Boykotts der Eröffnungsfeier im Mittelpunkt.

Die bereits mit der Vergabe der Olympischen Spiele an Peking international geäußerten Bedenken wegen der massiven Menschenrechtsverletzungen in China sind im Frühjahr 2008 durch eine Reihe von Ereignissen bestätigt worden. Durch die Niederschlagung der tibetischen Unruhen Mitte März kulminierte die Kritik dann sogar in einer in diesem Ausmaß bisher nicht geführten Debatte um einen Boykott der Peking Spiele. Diese Diskussion war bei Redaktionsschluss (Ostern 2008) noch nicht beendet, schließlich waren Ausmaß und Folgen des chinesischen Vorgehens noch nicht endgültig klar.

Das Olympiajahr 2008 hatte für die Führung in Peking nicht gut begonnen. Im Januar sorgte ein Bericht der britischen *Sunday Times* über die Vertuschung des Todes von mindestens zehn Wanderarbeitern, die beim Bau des Olympia-Stadions („Vogelnest“) bei Arbeitsunfällen ums Leben gekommen seien, für Aufsehen. Nachdem die verantwortlichen Behördenvertreter den Bericht zunächst empört zurückgewiesen hatten, räumten sie bei einer Pressekonferenz am 28. Januar den Tod von zwei Arbeitern ein. Dabei verwickelten sie sich so in Widersprüche, dass sie schließlich insgesamt sechs Todesfälle zugaben, darunter zwei beim Bau des prestigeträchtigen Stadions.

Der Vorwurf an chinesische Kader und Unternehmer, Arbeiterrechte mit Füßen zu treten und aus Profit- und Prestige Gründen die Öffentlichkeit über die wahren Zustände zu belügen, schien sich ausgerechnet im Zusammenhang mit dem wichtigsten Olympiabau zu bestätigen. Bis heute kann nicht unabhängig untersucht werden, wieviel Menschen wirklich bei Arbeitsunfällen im Zusammenhang mit Peking Olympiabauten ihr Leben verloren. Unabhängige Gewerkschaften hätten hier sicher für höhere Sicherheitsstandards und mehr Transparenz sorgen können. Ein Trost blieb laut *Sunday Times* den Angehörigen: Verbunden mit der Aufforderung zu schweigen wurden sie für chinesische Verhältnisse ungewöhnlich hoch entschädigt. Schließlich wollte man sich im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen jegliche negative Schlagzeilen ersparen.

Spielbergs Absage: Gesichtsverlust für Peking

Am 13. Februar verkündete dann der Hollywood-Starregisseur Steven Spielberg, er wolle nicht länger künstlerischer Berater für die Eröffnungs- und Abschlussfeier der Spiele sein.

Er begründete dies damit, dass China seinen großen Einfluss auf die Regierung des Sudan viel zu wenig nutze, um diese zur Beendigung des Völkermordes in Darfur zu bewegen. Das „Gewissen erlaubt mir nicht mit dem Geschäft wie üblich fortzufahren,“ teilte der Regisseur in einer Erklärung mit.

Spielberg hatte selbst unter Druck von Aktivisten in den USA gestanden. Die bezeichnen die Pekinger Spiele als „Genozid Spiele“, weil China enge Beziehungen zur Regierung in Khartoum unterhält, die für einen Großteil der Gewalt in Darfur verantwortlich gemacht wird. Die Schauspielerin Mia Farrow ging dabei soweit Spielberg, der jüdischen Glaubens ist, mit der NS-Filmmacherin Leni Riefenstahl zu vergleichen, sollte er weiter mit Peking zusammen arbeiten.

Fast zeitgleich mit Spielbergs Rücktritt, auf den das offizielle Peking unprofessionell und mit einem Tag Verzögerung reagierte, forderten acht Friedensnobelpreisträger und zahlreiche Prominente Chinas Führung in einem Offenen Brief auf, stärker ihrer Verantwortung als wichtigster Partner des Sudan gerecht zu werden. Der Brief erkannte an, das Peking nicht untätig geblieben war und zum Beispiel einen eigenen Sudan-Sondergesandten ernannt hatte. Doch müsse Chinas Regierung weit mehr zur Beilegung des Darfur-Konflikts unternehmen, nicht zuletzt aus ihrer Verantwortung heraus als Gastgeber völkerverbindender Spiele. China hätte seinen Handel mit Sudan 2007 verdoppelt und „ihm damit die Ressourcen geliefert, die es dessen Regierung erleichterten, seine Verbrechen zu begehen“, so der Brief.

Chinas außenpolitische Rolle als wichtiger, zum Teil sogar wichtigster Partner für Regime, die von westlichen Regierungen als „Schurkenstaaten“ bezeichnet werden, hatte bei der Diskussion um die Vergabe der Spiele 2001 noch keine Rolle gespielt. Sie war aber in den letzten Jahren mit den Konflikten um Nordkorea, Birma, Iran, Darfur und Simbabwe zu einem wichtigen außenpolitischen Thema wie auch einem Indikator für Chinas internationalen Bedeutungszuwachs geworden. Jetzt wurde diese große Bedeutung von Boykottbefürwortern wie -gegnern ins Feld geführt. Doch im Unterschied zu Darfur machten Boykottforderungen oder -drohungen etwa im Zusammenhang mit Pekings Unterstützung für die Militärjunta in Birma kaum Schlagzeilen.

Gebrselassies Sorgen um die Gesundheit

Chinas globale umweltpolitische Verantwortung und seine eigenen Umweltsünden wurden hingegen bereits 2001 thematisiert. Auch im Frühjahr 2008 holte das Umweltthema die Regierenden in Peking wieder ein. So erklärte der äthiopische Marathon-Weltrekordler und mehrfache Olympiasieger Haile Gebrselassie am 10. März wegen der schlechten Luftqualität nicht bei den Spielen in Peking auf der Langstrecke antreten zu wollen. Der Asthmatiker erklärte, ihm sei das gesundheitliche Risiko zu groß.

Gebrselassies für Peking peinliche Absage ging einher mit Medienberichten über die Sorgen anderer Sportler und ihrer Verbände über die schlechten Umweltbedingungen sowie das Risiko, das wegen verseuchter Böden in chinesischen Lebensmitteln während der Spiele Rückstände unerlaubter und unerwünschter Substanzen gefunden werden könnten. Weitere Berichte über die chronische Wasserknappheit in der Region Peking und die Versuche, durch Umleitungen eine ausreichende Versorgung im August sicherzustellen, drückten die anhaltenden Sorgen über Chinas katastrophale Umweltbedingungen aus.

Als ab dem 10. März, dem 49. Jahrestag eines unterdrückten Volksaufstandes gegen die chinesische Besatzung in Tibet, in Lhasa buddhistische Mönche zu demonstrieren begannen und die zunächst friedlichen Proteste am 14. März in brutale antichinesische Gewalt mit zahlreichen Toten eskalierten, geriet auch Chinas fragwürdige Politik in Tibet und damit seine Minderheitenpolitik in den Fokus der Weltöffentlichkeit. Dabei dürften die nahenden Spiele und die damit verbundene Aufmerksamkeitsgarantie die tibetischen Demonstranten ermutigt haben.

Chinas kompromisslose Haltung gegenüber den Tibetern und dem Dalai Lama als ihrem Oberhaupt, die Repression und die an maoistische Zeiten erinnernde martialische Rhetorik („Volkskrieg gegen Separatismus“, „Kampf auf Leben und Tod“) zeigten, dass die erhoffte politische Liberalisierung im Vorfeld der Spiele nicht wirklich stattgefunden hatte. Offenbar nimmt Peking die friedliche Botschaft der Spiele selbst nicht ernst.

Auch wurde im Falle Tibets das im Rahmen von Olympia abgegebene Versprechen der freien Berichterstattung ausländischer Medien sehr schnell gebrochen, ausländische Journalisten aus der Autonomen Region Tibet verwiesen oder gar nicht erst hineingelassen. Besonders bei den elektronischen Medien wurde von Peking auf die bewährten Zensurmaßnahmen und die eigene Propandamaschinerie zurückgegriffen.

Der Tibet-Schock

Die blutigen Unruhen in Tibet führten in westlichen Ländern zu einer neuen und diesmal viel stärkeren Boykottdebatte. Blutige Gewalt widerspricht schließlich fundamental dem Geist völkerverbindender friedlicher Spiele. Dabei sind viele Fakten über die genauen Vorgänge vor und nach dem verhängnisvollen 14. März in Lhasa nicht klar. Fühlten sich manche sogar an die gewaltsame Niederschlagung der studentischen Demokratiebewegung 1989 auf Pekings Tiananmen-Platz erinnert, berichtete der einzige westliche Journalist in Lhasa am 14. März, der britische *Economist*-Korrespondent James Miles, zunächst von einer gewissen Zurückhaltung der chinesischen Sicherheitskräfte.

Diese beobachtete Zurückhaltung, die mit den nahenden Olympischen Spielen zusammen hängen kann, aber auch schlicht die Überraschtheit der Sicherheitskräfte ausdrücken könnte, führte sogar zu tibetischen Verschwörungstheorien. Den Chinesen wurde eine bewusst aufgestellte Falle unterstellt, in welche die Tibeter getappt seien. Umgekehrt erweckt die Unterbindung unabhängiger Berichterstattung durch China den Verdacht, die Regierung habe viele Unschuldige Opfer zu verbergen.

So fanden Boykottaufrufe in Abstimmungsforen wichtiger deutscher Onlinemedien wie etwa Spiegel-Online oder Sueddeutsche.de plötzlich Zweidrittel-Mehrheiten. In repräsentativen Umfragen der deutschen Meinungsforschungsinstitute Emnid (58 Prozent gegen Boykott, 36 dafür) und Forsa (57 Prozent gegen, 39 für Boykott) blieben die Boykottbefürworter zwar in der Minderheit, doch war ihr Prozentsatz hoch.

Trotzdem lehnten neben amnesty international und dem Dalai Lama nach wie vor fast alle wichtigen Politiker sowie die Spitzenverbände des Sports einen Boykott der Peking Spiele ab. Dies meist mit dem Verweis auf die Wirkungslosigkeit des Boykotts der Moskauer Spiele 1980, der Fairness den aktiven Sportlern gegenüber oder dass der Sport nicht für das Versagen der Politik verantwortlich gemacht werden könne. Auch wurde darauf verwiesen, dass ein Boykott niemandem helfen würde, sondern allenfalls zu einer nationalistischen Verhärtung auf chinesischer Seite führen könnte. Zudem sei China heute in fast allen internationalen Fragen schlicht zu wichtig, um es ausschließen zu können.

Debattiert wurde auch, ob nicht bereits die Entscheidung des IOC zur Vergabe der Spiele an Peking ein Fehler gewesen sei, wie etwa der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, der CDU-Bundestagsabgeordnete Günter Nooke, meinte. Statt wegen der Ereignisse in Tibet einen Boykott der Pekinger Spiele zu erwägen, solle „lieber über den Fehler des IOC“ diskutiert werden, die Austragung an Länder zu vergeben, die gegen die Olympische Charta verstießen, so Nooke. Diese Praxis lasse offensichtlich „Probleme entstehen, die man sich ersparen könnte“.

Weitere Fragen waren, ob das IOC genug getan habe, um Chinas Regierung die mit dem Zugschlag der Spiele verbundene menschenrechtliche Verantwortung klar zu machen und Peking immer wieder an diese zu erinnern. Dabei tauchte auch die Frage auf, ob es nicht zwischen den Grundpositionen Teilnahme oder Boykott Raum für symbolische Aktionen geben könnte, die Kritik an Pekings Politik ausdrücken. So argumentierten etwa der französische Außenminister Bernard Kouchner und der Präsident des Europaparlaments, Hans-Gert Pöttering (CDU), dass westliche Staats- und Regierungschefs, aber womöglich auch Sportler, der Eröffnungsfeier demonstrativ fernbleiben sollten. Pöttering sagte: „Bleiben Signale der Verständigung aus, halte ich Boykottmaßnahmen für gerechtfertigt“.

Gute Miene zum bösen Spiel?

Zwar hielten viele Kommentatoren und Politiker einen Boykott der Spiele für ungeeignet, doch wurde deutlich, dass sie nach Wegen suchten, bei einer Teilnahme nicht „gute Miene zum bösen Spiel“ machen zu müssen. Vielmehr wollten sie angesichts der Repression in Tibet ihre Betroffenheit und ihren Protest ausdrücken. In der Woche nach Ostern wollte das – eher machtlose – Europaparlament als bisher höchrangigstes Gremium die Frage eines wie auch immer gearteten Boykotts debattieren. Das Parlament hatte sich bereits im Juli 2001 in einer Resolution gegen die Vergabe der Spiele an Peking ausgesprochen.

Innerhalb Deutschlands und der Bundesregierung erklärte die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidmarie Wiecek-Zeul (SPD), am 19. März, dass die für Mai geplanten Regierungsverhandlungen mit China wegen der Vorgänge in Tibet ausgesetzt würden. „Unter diesen Bedingungen ist es kaum vorstellbar, Regierungsverhandlungen zu führen,“ so die Ministerin, die sich nicht für einen Boykott der Spiele aussprach. Diese symbolische Maßnahme des Aussetzens von Regierungsverhandlungen dürfte Peking nicht beeindrucken. Abgesehen davon ist die Entwicklungszusammenarbeit mit dem boomenden China von zuletzt 67,5 Millionen Euro pro Jahr unter konservativen Deutschen ohnehin umstritten.

Zu Ostern wurden dann erstmals auch unter aktiven und ehemaligen deutschen Hochleistungssportlern kritische Stimmen laut, die – zum Teil unter Verletzung der strengen IOC-Regeln, welche politische Statements in den Stadien verbieten – nach Mitteln und Wegen des politischen Protestes im Rahmen der Spiele suchen wollten. Diese Sportler wollten sich nicht für eine Propagandashow eines brutalen Regimes missbrauchen lassen.

IOC-Präsident Jacques Rogge wies kurz vor der Entzündung der Olympischen Flamme im griechischen Olympia am 24. März Kritik an seiner Organisation und ihrem Verhalten gegenüber China zurück. Er erklärte: „Wir glauben, dass China sich durch die Öffnung des Landes für die prüfenden Blicke von 25.000 Medienvertretern, die die Spiele besuchen werden, ändern wird. Die Olympischen Spiele sind eine Kraft für das Gute. Sie sind ein Katalysator für Wandel, nicht ein Allheilmittel für alle Übel.“ Als es bei der

Entzündungszeremonie zu Protesten kam, legte Rogge nach und betonte die positive Rolle der Spiele auch im Hinblick auf Tibet: „Die Vergabe der Olympischen Spiele nach China hat China ins Rampenlicht gebracht. Tibet ist zu Recht auf den Titelseiten. Es wäre aber nicht auf der ersten Seite, wenn die Spiele nicht in China vorbereitet würden.“

Im Frühjahr 2008 fehlte nur noch die Aufdeckung eines großen Korruptionsskandals im Zusammenhang mit den umgerechnet rund 40 Milliarden US-Dollar teuren Spielen, und die wichtigsten Einwände, die 2001 gegen eine Vergabe der Spiele an Peking ins Feld geführt worden waren, wären sämtlich bestätigt worden.

Allein die frühere Sorge vor der großen Zahl von Menschen, die durch Olympiabauten vertrieben würden, waren im Frühjahr 2008 kein großes Thema mehr. Doch waren die großen Baumaßnahmen auch bereits so gut wie abgeschlossen. Schon am 5. Juni 2007 hatte die in Genf ansässige Organisation „Center on Housing Rights and Evictions“ (COHRE) behauptet, von der Vergabe bis zum Beginn der Pekinger Spiele würden insgesamt 1,5 Millionen Menschen vertrieben. Bis Anfang April 2007 seien es laut COHRE schon 1,25 Millionen gewesen.

Diese große Zahl erregte merkwürdigerweise nur wenig Aufsehen, vielleicht weil COHRE nicht sehr bekannt ist oder weil viele der Betroffenen wegen der chinesischen Kahlschlagspolitik auch ohne die Spiele vertrieben worden wären. Die Regierung in Peking ihrerseits gab im Februar 2008 an, dass wegen der Baumaßnahmen für die Spiele insgesamt 14.901 Personen umgesiedelt worden seien. Das sind nur rund ein Prozent der von COHRE genannten Zahl.

Trotz vieler im Vorfeld geäußelter Bedenken war 2001 im IOC die Vergabeentscheidung zugunsten Pekings überraschend schnell und eindeutig gefallen. Bereits im zweiten Wahlgang setzte sich Peking mit 56 Stimmen gegenüber Toronto (22), Paris (18) und Istanbul (9) durch. Es war erst das fünfte Mal, dass die Spiele nach Berlin (1936), Mexiko (1968), Moskau (1980) und Seoul (1988) an einen autoritär regierten Staat vergeben wurden. Das IOC hatte damit - zumindest offiziell - keine Problem. Im Bericht der Evaluierungskommission des IOC wurde das politische System der Volksrepublik als „funktionierend für China“ charakterisiert und festgestellt: „Die allgemeine Präsenz starker Kontrolle und Unterstützung durch die Regierung ist gesund.“

Beim vorherigen Anlauf 1993 hatte das in drei Abstimmungsrunden führende Peking bei der Vergabeentscheidung über die Spiele 2000 erst in der vierten Runde mit nur zwei Stimmen knapp gegen Sydney verloren. Als entscheidend hierfür galt das schlechte Image Chinas, dass es nur vier Jahre nach dem „Tiananmen-Massaker“ noch hatte. Die Wahl Sydneys galt auch als Denkmahl für Peking.

Olympische Spiele als Chance

2001 war die Wahrnehmung Chinas bei vielen IOC-Vertretern eine gänzlich andere. Viele glaubten im Unterschied zu 1993 sei jetzt die Zeit reif für China. Peking hatte 1995 die UN-Frauenkonferenz durchgeführt und sich dabei auch für Nichtregierungsorganisationen geöffnet. 1997 war die Rückgabe Hongkongs reibungslos verlaufen. Auch war die Volksrepublik inzwischen in die Welthandelsorganisation (WTO) aufgenommen worden. Deshalb wollte man das bevölkerungsreichste und wirtschaftlich dynamischste Land der Welt jetzt nicht mehr länger ausschließen, sondern auch mittels der Spiele weiter einbinden.

Die Olympischen Spiele wurden jetzt als Chance gesehen, Chinas Wandel zu fördern und es zu einem verantwortlichen Mitglied der Weltgemeinschaft zu machen. Zudem galt es natürlich auch, diesen wichtigen Zukunftsmarkt für den Olympischen Sport zu erschließen. Und Wirtschaftsverbände wie die amerikanische Handelskammer in Peking werteten Olympische Spiele explizit als Chance, das Reich der Mitte weiter zu öffnen.

Menschenrechtsorganisationen hatten dagegen schon immer vor den mit den Spielen verbundenen Risiken gewarnt. Die Spiele 1936 in Nazideutschland hatten gezeigt, wie eine totalitäre Diktatur sich mittels des Megaereignisses propagandistisch inszenieren und so ihre den Olympischen Geist widersprechende Herrschaft legitimieren konnte. Doch andererseits gab es auch die Erfahrungen von Seoul 1988, wo gerade wegen des herannahenden Großereignisses Südkoreas diktatorisches System unter öffentlichem Druck zu fundamentalen Zugeständnissen gezwungen werden konnte.

Die meisten Menschenrechtsorganisationen standen der Vergabe der Spiele an Peking kritisch gegenüber, doch direkt zum Boykott riefen nur wenige auf. Auch der Dalai Lama sprach sich immer für die Spiele in Peking aus. Davon versprach er sich letztlich für Tibet mehr internationale Aufmerksamkeit und eine stärkere Mäßigung der Politik Pekings als wenn die Spiele woanders stattfinden.

„Ein Boykottaufruf könnte das falsche Signal senden,“ sagt auch Dirk Pleiter, China-Experte der deutschen Sektion von amnesty international (ai). Die Menschenrechtsorganisation ruft auch nach der Niederschlagung der Proteste in Tibet nicht zum Boykott der Pekinger Spiele auf. Diese würden von einem großen Teil der chinesischen Bevölkerung heraus unterstützt und auch als Anerkennung für Chinas Entwicklung der letzten 30 Jahre gesehen, so Pleiter. Ai habe sich deshalb für eine kritische Begleitung der Spiele entschieden.

Kein Menschenrechtsautomatismus

Ähnlich wie bei der Fußballweltmeisterschaft 1978 in Argentinien, als ai die Kampagne „Fußball ja, Folter nein“ durchgeführt und so die mit der WM verbundene Aufmerksamkeit recht erfolgreich für die Menschenrechtsarbeit genutzt hatte, hat die Organisation im Dezember 2007 die Kampagne „Gold für Menschenrechte“ lanciert. Zwar habe es in China in letzter Zeit einige Verbesserungen gegeben wie etwa eine leichte Reduzierung der Anwendung der Todesstrafe. Doch die fundamentalen Menschenrechtsprobleme – willkürliche Verhaftungen, Folter, Misshandlungen, exzessive Anwendung der so genannten Administrativhaft – seien unverändert, so Pleiter.

Er wirft dem IOC vor, es sich mit der Menschenrechtsproblematik zu einfach zu machen, in dem es einen Automatismus der Verbesserung durch die Spiele unterstelle und sich deshalb nicht mehr darum kümmere. Dabei könne sogar das Gegenteil eintreten. „In Tibet könnte sich zeigen, dass bestehende Menschenrechtsprobleme durch die Spiele noch verstärkt werden,“ so Pleiter. Denn vielleicht sei es ohne die Spiele in Peking gar nicht zu den gewalttätigen Protesten gekommen.

Im Unterschied zum IOC hat der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) im Mai 2007 ein Positionspapier zum Thema China und Menschenrechte beschlossen. Das erfolgte zwar erst sechs Jahre nach der Vergabeentscheidung, doch immerhin noch mehr als ein Jahr vor den Spielen. „Dem DOSB ist bewusst, dass die Menschenrechtssituation in China trotz feststellbarer Verbesserungen in den letzten Jahren nach wie vor nicht zufriedenstellend ist,“ heisst es in dem Papier. „Dabei stehen vor allem die Abschaffung

der Todesstrafe, die Ächtung jeder Art von Folter, eine Amnestie für politische Gefangene aus Anlass der Spiele, die faire Entschädigung solcher Chinesen/innen, die im Zuge der umfangreichen Bauvorhaben enteignet wurden, und die vollständige Bewegungsfreiheit aller Journalisten/innen auf der Agenda.“

Für viele Boykottaufrufe gilt das Paradox, dass sie nur potentiellen Druck auf Chinas Regierung ausüben können, weil die Spiele an Peking vergeben wurden. Und der Druck kann nur solange ausgeübt werden, wie ein Boykott noch nicht beschlossen wurde. Sollte dies wider Erwarten der Fall sein, ist damit die diplomatisch scharfe und nur einmal pro Spiele benutzbare Waffe angewendet und das Heft des Handels aus der Hand gegeben. Sollte Peking dann nicht wie gewünscht reagieren, hätten die Boykotteure kaum noch Einfluss.

Peking warnt vor Politisierung

Peking warnt seinerseits gebetsmühlenartig vor einer Politisierung der Spiele. Dabei waren Olympische Spiele noch nie unpolitisch. Im Gegenteil. Das macht im Idealfall sogar ihre Qualität aus, schließlich ist die friedenspolitische Botschaft ja auch ihr eigener Anspruch. Auch die Vergabe der Spiele an Peking war immer mit politischen Hoffnungen und sogar dem Versprechen der Verbesserung der Menschenrechtsslage verbunden. Teile der internationalen Gemeinschaft verbanden damit, dass die Spiele zum positiven Wandel der Volksrepublik beitragen. Chinas Führung ihrerseits erhofft sich, dass die Welt endlich ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leistungen anerkennt und damit China die Schmach der Kolonialzeit und das Chaos von Bürgerkrieg und Kulturrevolution auch international endgültig überwunden hat.

Ausgerechnet die Regierung in Peking, die heute eindringlich vor einem Boykott und einer Politisierung der Olympischen Spiele warnt, boykottierte diese Spiele in der Vergangenheit mit am meisten. Zwischen 1956 (Melbourne) und 1980 (Moskau) blieb Peking allen Sommerspielen fern, meist wegen des Streits um Taiwan, das aus Pekinger Sicht nicht genug isoliert wurde. 1980 schloss sich Peking, das erstmals wieder an den Winterspielen in Lake Placid (USA) teilgenommen hatte, wegen des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan indirekt dem westlichen Boykott der Moskauer Spiele an. Da für Chinas Regierung die Spiele noch nie unpolitisch waren, können sie es auch nicht sein, wenn sie in der eigenen Hauptstadt stattfinden. Vielmehr dürfte es bei der Warnung vor der Politisierung darum gehen, potentiellen politischen Druck abzuwehren und einen Gesichtverlust zu verhindern.

Die Kontrovers um das Olympialand China ist von Anfang an von Warnungen vor den menschenrechtlichen Risiken und von Hoffnungen auf entsprechende Chancen geprägt. Diese Hoffnungen werden jedoch nicht durch eine entsprechende Politik des IOC und des Westens untermauert, die China beim Wort nimmt und konkrete Schritte einfordert. Wenn sich auch in der westlichen China-Politik die Strategie der Einbindung generell durchgesetzt hat, so reagiert der Westen im konkreten Fall oft ratlos, widersprüchlich und inkonsequent. Dies legen auch die Reaktionen auf die Krise in Tibet nahe. Ähnlich unbeholfen reagiert das IOC. Ihm unterstellen viele, weniger hehre Ziele zu verfolgen, als vielmehr kommerziellen Interessen verfallen zu sein.

Momentan ist die Skepsis gegenüber den Pekinger Spielen wegen der Ereignisse in Tibet so groß wie nie. Das IOC ist gefordert, grundsätzliche Konsequenzen zu ziehen, welche die künftigen Risiken für die Menschenrechte minimiert. In Zukunft jedoch Spiele nur noch an westliche Industrieländer zu vergeben, die hohen menschenrechtlichen Standards

entsprechen, würde die potentiellen Chancen ungenutzt lassen und letztlich eine Spaltung der Welt zementieren, statt sie zu überwinden helfen. Doch dies wird auch nur durch die Formulierung menschenrechtlicher Mindeststandards von Seiten des IOC gelingen sowie ihrer regelmäßigen Überprüfung und gegebenenfalls abgestuften Sanktionierung. Die Chancen der Spiele für die Menschenrechte müssen systematischer genutzt und gefördert werden. Die Förderung von Frieden und Menschenrechten ist kein Selbstläufer. Schließlich sind schon jetzt mit der Vergabe der Winterspiele 2014 an das russische Sotschi neue Kontroversen absehbar.